

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 13.11.2015

Ergebnisse des Dialogforums Schiene Nord akzeptieren und umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Eisenbahntrassen zwischen Hannover, Hamburg und Bremen sind ein wichtiger Bestandteil der Deutschen Verkehrsinfrastruktur. Sie sind nicht nur unmittelbar für Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung, sondern haben als sogenannte Hafenhinterlandanbindung auch erhebliches Gewicht für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Nicht zu Unrecht gelten sie als bedeutende europäische Verkehrsachsen im Personenfern- und Güterverkehr.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag, dass sich das Dialogforum Schiene Nord auf das Abschlussdokument „Kapazitätserweiterung der Schieneninfrastruktur im Raum Bremen-Hamburg-Hannover“ verständigt hat.

Der Landtag dankt allen beteiligten Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Institutionen und Bürgerinitiativen für ihre engagierte Mitarbeit an dem gefundenen Kompromiss und im Dialogforum Schiene Nord.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. das Abschlussdokument zum Dialogforum zum Maßstab ihres Handelns zu machen und die unter Ziffer 2 aufgeführten „Bedingungen für einen Konsens in der Region“ zu beachten. Insbesondere soll dafür Sorge getragen werden, dass
 - a) der Lärmschutz an den Strecken, die zukünftig mit mehr Güterverkehren zu rechnen haben, angemessen ausgebaut wird,
 - b) der Güterverkehr nicht zulasten des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) verstärkt wird,
 - c) u. a. im Schienenpersonennahverkehr, beginnend im niedersächsischen Teil der Metropolregion Hamburg, ein qualitativer und quantitativer Ausbau auf Basis der Anzahl der Berufspendler und Gäste der Region (z. B. S-Bahn-Ausbau zwischen Rotenburg/Lüneburg und Hamburg) erfolgt,
2. zugleich eine weitere Entwicklung der (Eisenbahn-)Verkehrswege auch in Zukunft zu ermöglichen und so auch die Entwicklung der Wirtschaft in Norddeutschland nicht zu gefährden,
3. den Landtag regelmäßig, spätestens halbjährig, über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Abschlussdokument zum Dialogforum zu unterrichten.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Ausgegeben am 27.11.2015)